



Klimawandel bekämpfen – Klimagerechtigkeit herstellen

Pressemitteilung von Helin Evrim Sommer, 11. Dezember 2020

„Der Kampf gegen den Klimawandel ist ohne Klimagerechtigkeit nicht zukunftsfähig. Deutschland sollte den fünften Jahrestag der Pariser Klimakonferenz zum Anlass nehmen, sich mit seinen EU-Partnern für mehr Klimagerechtigkeit zwischen den Ländern des Nordens und des Südens einzusetzen“, fordert Helin Evrim Sommer, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, anlässlich des UN-Klimagipfels am Sonnabend. Sommer weiter:

„Höhere Klimaziele sollten kein Lippenbekenntnis bleiben. Der Erfolg des UN-Gipfels hängt von konkreten Finanzausgaben ab, denn der internationale Klimaschutz ist massiv unterfinanziert. Es reicht nicht, auf andere zu zeigen. Darum sollte die Bundesregierung auf dem Klimagipfel mit gutem Beispiel vorangehen und ihren Beitrag zum internationalen Klimaschutz mindestens verdoppeln.

Wir sitzen nicht alle im selben Boot. Der Klimawandel trifft die Länder des globalen Südens am härtesten. Währenddessen schleudern die reichen Staaten auf Kosten der ärmeren weiter Unmengen an

Treibhausgasen in die Luft. Die Bundesregierung muss sich deshalb für einen globalen Kompensationsfonds für Klimaschäden nach dem Verursacherprinzip einsetzen. Die gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Staaten des Nordens und den Ländern des Südens muss sichergestellt werden.

Bei der Bewältigung der Corona-Krise dürfen die Folgen des Klimawandels gerade für Länder im Süden nicht außer Acht gelassen werden. Bisher erhalten die ärmsten Staaten nur 20 Prozent der EU-Klimamittel, obwohl sie jetzt schon die Hauptbetroffenen des Klimawandels sind. Doch nicht einmal die Hälfte der EU-Klimahilfen wird an die betroffenen Länder direkt ausgezahlt. Die Mehrheit der EU-Klimamittel an den Süden besteht aus Krediten, die die Länder weiter in die Schuldenfalle treiben. Insofern ist ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder (LDC) auch aus Gründen des Klimaschutzes unerlässlich.“